



LANDTAGSWAHL 2012

Wer die Wahl hat

Von Karl-Hermann Rehr

„Sag mal, was soll ich dieses Mal eigentlich wählen?“, so letztens beim Sport ein Kollege zu mir. Und dann fielen die Stichworte: Weihnachtsgeld, Lebensarbeitszeit, Überstunden und immer wieder DuZ. Das dürften dann wohl auch in ihrer Reihenfolge die wichtigsten Themen für die Beschäftigten der Polizei und der Justiz sein. Auch wenn Politiker meinen, das Thema „Weihnachtsgeld“ sei langsam vergessen, so ist die Realität doch, dass es in jedem Gespräch und vor allem, wenn es auf die Wahlen zugeht, immer wieder vorkommt. Schwarz und Rot werden für den Verlust des Einkommens verantwortlich gemacht. Das hat tief gesessen und wird bestimmt auch noch lange so bleiben.

Die GdP hat in der April- und auch in dieser Ausgabe die Antworten der Parteien auf sechs Fragen wiedergegeben. Die angesprochenen Themen spiegeln fast identisch die Fragen, die ich beim Sport gestellt bekommen habe, wider. Interessant ist, dass neben Bildung, wirtschaftlichem Wachstum, Umweltschutz das Thema „Innere Sicherheit“ bei keiner Partei ganz oben auf dem Programmzettel steht. Einerseits beruhigend, weil die Führungen der Parteien anscheinend hier alles in Ordnung wännen, andererseits könnte man aber meinen, Innere Sicherheit finde politisch nicht statt. Die Antworten auf die Fragen scheinen dann aber doch eine andere Sprache zu sprechen. Insbesondere scheinen wir mit dem Thema „Belastung“ und „Attraktivität des Berufsbildes“ angekommen zu sein. Aber der Stock liegt hier beim Hund: Der Belastung entgegenwirken und die Bewältigung der Aufgaben steigern, geht nicht durch kostenneutrale Organisationsentscheidungen. Wobei Organisation ohnehin nur ein schwaches Instrument in Gestaltungsfragen für die Innere Sicherheit und für die Polizei ist. „Der Laden ist längst ausgelutscht“, so mein Sportkamerad. Und tatsächlich spiegelt das die Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen wider.

Und dann noch mal zum Thema „Sonderzahlung“. Bedeutsam ist es schon, dass sich beim Thema „Weihnachtsgeld“ eine parteiübergreifende Koalition erge-

ben hat, mit Ausnahme der Linken und der Piraten. Keine der anderen Parteien mag sich für das Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte, Seniorinnen und Senioren einsetzen. Überhaupt scheint Beamtenbezahlung – für welchen Dienst auch immer – kein beliebtes Wahlkampfthema zu sein. Wo bleiben sie denn, die ständigen Rückenklöpfer, Wohlmeiner und Beamtenkenner? Keiner wagt sich aus der Deckung, auch nicht zum Thema „Erschwerniszulagenverordnung“. Hier spielt die FDP eine rühmliche Ausnahme. Ganz klar bekennt sie sich dafür, die 17 Jahre alte Zulagenverordnung zu überarbeiten. Sie hat das Thema darüber hinaus in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Hut ab!

Wählen gehen!

Auch wenn man auf der Suche nach Lösungen für seine Probleme ist und sie vielleicht nicht gleich findet, heißt es trotzdem für den 6. Mai: „Wählen gehen!“ Joachim Gauck, seit dem 18. März deutscher Bundespräsident, hat direkt nach seiner Wahl gesagt: „Nie wieder werde ich eine Wahl verpassen.“ Noch lange klingen diese Worte in mir nach. Als der heutige Bundespräsident 2008 zum 60-jährigen Bestehen des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein im Kieler Landeshaus sprach, hatte er auch dieses Thema am Wickel: Die Qual der Wahl. Gauck berichtete damals von einem Gespräch, das er in der Straßenbahn unter Jugendlichen mitgehört hatte. Es ging auch um das Thema „Wählen“. Die Jugendlichen überschlugen sich, so Gauck in seiner Darstellung, mit unterschiedlichen Ansichten zum Thema Wahlen. Aber leider ging es nicht um Politik, sondern um Markenartikel aus Mode, Sport und Mobilfunk. Hier schien es bei

der Wahl, die eine Auswahl war, Sicherheit zu geben. Bei der Beteiligung am demokratischen Zusammenleben fehlten manchmal diese hitzigen und bekennenden Diskussionen.

Haben wir uns zu sehr daran gewöhnt, dass wir wählen können? Erwarten wir von Politikern schnelle Patentrezepte, die sie nicht liefern können? Lohnt es sich deshalb gar nicht mehr, an Wahlen teilzunehmen?

Nein! Wählen heißt mitgestalten. Und wer glaubt, dass wählen auch Verantwortung übernehmen heißt, der täuscht sich. Wer nicht wählt, nimmt genauso Verantwortung auf sich. Nämlich das, was durch fehlende Wahlbeteiligung schiefliegt oder sich falsch entwickelt. Unsere Freiheit kennt auch die Freiheit, sich nicht an Wahlen zu beteiligen, bedeutet aber keineswegs, man habe keine Verantwortung.

Und wir im Polizei- und Justizdienst sind allemal auf stabile politische Verhältnisse angewiesen. Sie sind der Motor und gleichzeitig auch die Versicherung für all das, was wir tun. Schon deshalb: Am 6. Mai wählen gehen!



„Wahlwerber“ Joachim Gauck: „Er habe vor Glück geweint, als er nach 50 Jahren zum ersten Mal frei wählen konnte“, berichtete der Bundespräsident, der 2008 zum 60-jährigen Bestehen des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein im Kieler Landeshaus die Festrede hielt. Deshalb werde er nie wieder eine Wahl verpassen. Das Foto zeigt Joachim Gauck beim Festakt mit dem GdP-Landesvorsitzenden Oliver Malchow. Foto: Thomas Gründemann



Einsatz für eine vereinfachte Erschwerniszulagenverordnung

– Antworten zu Wahlprüfsteinen / Fortsetzung der letzten DP-Ausgabe –

Kiel – In der letzten Ausgabe hat das DP-Landesjournal bereits erste Antworten der politischen Parteien zu Wahlprüfsteinen der GdP veröffentlicht. Nachfolgend werden die Erklärungen zu weiteren Wahlprüfsteinen präsentiert.

Polizeiorganisation

Das letzte Jahrzehnt war für die Landespolizei Schleswig-Holstein von einer ständigen Organisationsveränderung geprägt. Stichworte warten ReKo I und II/III für überörtliche Organisationsveränderungen.

Zurzeit laufen Organisationsveränderungen auf Direktionsebene, die nicht unter einer Reformüberschrift erfolgen. Wie stehen Sie zur momentanen polizeilichen Organisation? Sehen Sie Reformbedarf? Haben Ihre Organisationspläne das Ziel von Personaleinsparungen? Welche Ziele würden Sie für Organisationsveränderungen benennen?

CDU

Die Organisation der Polizei kann nicht statisch sein. Weiterentwicklungen und Anpassungsbedarfe in der Dienststellenlandschaft der Landespolizei dürfen per se nicht ausgeschlossen sein. Die CDU steht weiterhin für eine in der Fläche präsen- te Polizei, die sich insbesondere an tatsächlichen Erreichbarkeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und den Eigensicherungsnotwendigkeiten der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten orientiert. Der Gestaltungsrahmen und die Geschwindigkeit von Organisationsveränderungen unterliegen nach Auffassung der CDU dem politischen Entscheidungsvorbehalt und sind unter frühzeitiger Einbindung der Personalräte und Gewerkschaften zu gestalten. Sowohl Organisationsveränderungen als auch die Fortsetzung der Kernaufgabendiskussion haben aus Sicht der CDU nur ein Ziel: Die Polizei zukunfts- fähig aufzustellen und Belastungen bei den Polizistinnen und Polizisten vor Ort gleichmäßiger zu verteilen und zu mindern. Die CDU wird dafür Sorge tragen, dass organisatorische Veränderungen nicht zu Karriereeinbußen in der polizeilichen Fläche führen und freierwerdendes Personal für den operativen Dienst eingesetzt wird.

SPD

Mit den in sozialdemokratischer Regierungsverantwortung durchgeführten Reformen ReKo I – III sollte die Landespolizei langfristig neu aufgestellt und Personalveränderungen zugunsten der operativen Ebene vorgenommen werden. Wir haben nach dem Ende der ReKo III zugesagt, dass die Polizei sich jetzt erst einmal in die neuen Strukturen einfinden und „zur Ruhe kommen“ soll. Daran halten wir uns auch. Sofern aus der Erfahrung des dienstlichen Alltags

„Feinsteuerungsbedarf“ besteht, werden wir dieses, wiederum unter Einbezug der Beschäftigten, umsetzen. Große Organisationsvorhaben planen wir jedoch nicht.

FDP

Die FDP sieht nach den zahlreichen Organisationsveränderungen der letzten Jahre im Moment keinen Bedarf an weiteren Reformen. Dass grundsätzlich immer auch Optimierungsoptionen der Polizei zu Einsparungen im Landeshaushalt führen können, ist unstrittig. Eine ständige Veränderung der Strukturen ohne Berücksichtigung fachlicher Erfordernisse spart jedoch nach Auffassung der FDP weder Geld, noch führt sie zu mehr Effizienz. Insofern sollte nun erst einmal Ruhe einkehren in die schleswig-holsteinische Polizeilandstruktur. Denn wichtig ist vor allem eine handlungs- und leistungsfähige, zuverlässige Polizei, die sich nicht ständig mit sich selbst und ihrer Organisation beschäftigt. Die öffentliche Sicherheit hat ihren Preis und der Bürger ist in aller Regel auch bereit, diesen Preis zu zahlen. Als Gegenleistung erwartet er dafür aber auch zu Recht eine kompetente Polizei und keine aus vorgeschobenen finanziellen Erwägungen „zusammengeschusterte“ Truppe. Falls jedoch aus der Polizei heraus notwendige Organisationsveränderungen an die FDP herangetragen und schlüssig begründet werden, werden wir uns diesen nicht verschließen. Dabei sollte eine ständige Optimierung der polizeilichen Dienststellenstruktur ohne Rückzug aus der Fläche keineswegs ausgeschlossen sein, um dem Personalengpass entgegenwirken zu können.

B 90/Die Grünen

Da es uns nicht darum geht, weitere Personaleinsparungen vorzunehmen, können Umorganisationen nur der gerechten Aufgabenverteilung zwischen Dienststellen dienen. Eine solche Umstrukturierung läuft gerade. Wir stehen solchen Prozessen offen gegenüber, wollen sie aber möglichst im Konsens mit den betroffenen Beamten/-innen lösen.

DIE LINKE

Stetige Organisationsveränderungen bei der Landespolizei Schleswig-Hol-

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der Ausgabe 6/2012: Donnerstag, 3. Mai 2012



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



WAHLPRÜFSTEINE LANDTAGSWAHL 2012

steins haben die Belastungssituation für die Beamtinnen und Beamten zusätzlich erschwert. Gleichzeitig haben sie dazu beigetragen, dass sich die schleswig-holsteinische Polizei weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt hat. DIE LINKE will kleine Polizeistationen in ländlichen Gebieten erhalten und wiedereröffnen. Anfahrtswege von 30 Minuten und länger sind nicht hinnehmbar. Die Polizei muss bürgernah bleiben bzw. wieder bürgernah werden. Reformen von oben halten wir für den falschen Weg. Die Polizistinnen und Polizisten vor Ort wissen am besten, wo es hakt und wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Der Arbeit vor Ort wäre weitaus mehr geholfen, wenn es endlich eine vernünftige Ausstattung der Dienststellen gäbe. Die abenteuerliche Unterversorgung der Polizei mit Computern und Internetzugängen ist sofort abzustellen.

Weitaus effektiver als das Herumdoktern an immer neuen Reformkonzepten ist die Verbesserung der Motivation der Beamtinnen und Beamten. Dazu gehört nicht nur die eben angesprochene erwähnte Ausstattung der Dienststellen sondern auch und vor allem eine Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten im Polizeidienst. Der Beförderungsstau ist unerträglich. Angesichts der heutigen komplexen Belastungssituationen und der Vielfalt der Aufgaben und Anforderungen hält DIE LINKE es für dringend erforderlich, die Polizistinnen und Polizisten vor Ort in den gehobenen Dienst einzugruppieren. Nach Ansicht der LINKEN ist die Aus- und Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten zu verbessern. Hier orientieren wir uns an dem Konzept des „Deutschen Instituts für Menschenrechte“. Es geht darum, Polizistinnen und Polizisten noch besser vorzubereiten auf die Herausforderung einer aufgeklärten Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft mit ihren vielfältigen Partizipations- und Protestformen. Ziel ist eine Konfliktregelung, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird. DIE LINKE setzt sich weiterhin für mehr Transparenz auch im Polizeidienst ein. Amnesty International und andere Bürgerrechtsorganisationen haben hierzu Anforderungen formuliert, die nach Überzeugung der LINKEN auch und vor allem im Interesse der Polizeibeamten/-innen ist. Eine unabhängige und professionelle Beobachter/-innenstelle könnte sowohl Polizistinnen und Polizisten, die sich in ihren Rechten am Arbeitsplatz verletzt sehen und Beschwerde einlegen wollen, zur Seite stehen, als auch Vorwürfe gegen diese umgehend,

unparteiisch und umfassend untersuchen.

SSW

Der SSW verschließt sich nicht grundsätzlich der funktionalen Gliederung der Aufgaben und einer möglichen Optimierung der Dienststellen, um so Freiräume für z. B. präventive Arbeit zu schaffen. Für uns ist jedoch wichtig, dass dezentrale Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Die Rationalisierung von Aufgabenbereichen wurde unter anderem in der Reformkommission III und im Rahmen der Strategie 2012 analysiert, zum Großteil aber wieder von der politischen Tagesordnung genommen. So bleibt die Möglichkeit, die Polizei entweder von Zuständigkeiten zu entlasten oder mehr Personal einzustellen. Entlastungen durch weitere Privatisierung von Aufgaben können wir uns bei Großveranstaltungen vorstellen wie etwa bei den Einsätzen der Polizei bei Fußballturnieren oder Musikkonzerten. Die Einstellung zusätzlichen Personals ist aufgrund der derzeitigen Haushaltslage des Landes nur schwer realisierbar. Die Erkenntnisse aus den Reformkonzepten müssen daher mit dem vorhandenen Personal umgesetzt werden. Längerfristig wird an einer Personalaufstockung bei der Polizei aber kein Weg vorbeiführen. Der SSW setzt sich für den Erhalt der Nahpolizeistationen in den Stadtteilen und in der Fläche ein. Was die Kriminalitätsvorbeugung, das Sicherheitsempfinden und den Bürgerservice betrifft, spielen diese kleinen Einheiten mit ihrem persönlichen Kontakt zu den Menschen und den Potentialen der örtlichen Präventionsarbeit eine entscheidende Rolle. Daher ist es positiv, dass sich das Innenministerium von der Schließung kleiner Polizeistationen in ländlichen Gebieten distanziert hat. Pensionierungen als möglichen „Hebel“ für eine Nichtbesetzung zu nutzen, würde diesem Ansinnen aber widersprechen. Insgesamt sollte es nach Meinung des SSW darum gehen, regionale Besonderheiten und Bedarfe zu berücksichtigen und jedem Revier die Möglichkeit und die nötige Ausstattung zu geben, um vor Ort präsent und präventiv aktiv sein zu können.

Piratenpartei

Unter den bisher erfolgten so genannten Reformen hat nach Kenntnis der Piratenpartei Schleswig-Holstein die Effizienz der Polizei genauso gelitten wie die Motivation und das Vertrauen in die, die Polizei so aufstellen sollen, dass sie „funktioniert“.

Wie bereits zuvor ausgeführt befürwortet die Piratenpartei Schleswig-Holstein die Rückkehr der Polizei in die Fläche zu den Menschen vor Ort. Die Polizei soll ansprechbar sein. Dies ist gewiss nicht möglich, wenn polizeiliche Präsenz so aussieht, dass ein Streifenfahrzeug ein oder zwei Mal am Tag das Stadtviertel oder Dorf langsam durchfahrend „besucht“. Es ist unbestritten, dass Sicherheit immer und zuallererst ein Gefühl ist. Wenn jedoch die, die Recht und Ordnung durchsetzen sollen, für den Bürger nicht erreichbar sind, ist es um dieses Gefühl eben schlecht bestellt. Hinzu kommt, dass der interaktive Informationsaustausch zwischen den Bürgern und ihrer Polizei persönlich naturgemäß besser funktioniert als virtuell oder nur telefonisch. Die beobachteten „Reformbemühungen“ der letzten Landesregierungen haben bisher mehr zur Verunsicherung der Polizei beigetragen, als dass sie geholfen haben, die Polizei besser aufzustellen. Gleichzeitig ist bei diesen misslungenen Bemühungen ein Reformwasserkopf entstanden, der vor dem Hintergrund der Überstundenlage und Desorganisation unverantwortlich ist. Die Piratenpartei geht davon aus, dass Personal aus dem genannten „Wasserkopf“ in den polizeilichen Alltag zurückgeführt werden kann. Flache Hierarchien bei gleichzeitiger Rückkehr in die Fläche sind nach Auffassung der Piratenpartei Schleswig-Holstein der natürliche Weg zu einer Polizei, die ihre Aufgaben vernünftig und verhältnismäßig ausführt. Dieses Konzept sollte behutsam und gemeinsam mit der Polizei erarbeitet werden. In diesem Sinne wollen wir basisdemokratisches Vorgehen wie überall auch hier etablieren. Bis dieser Prozess abgeschlossen ist, verbieten sich voreilige Personaleinsparungen.

Attraktivitätsprogramm für die Polizei

Bis zum Jahre 2020 treten rund 2000 Polizeibeamte in den Ruhestand. Demgegenüber steht eine ungünstig verlaufende Demografiekurve und großer Konkurrenzdruck im Angebot von attraktiven Ausbildungsstellen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes. Dazu eine Erschwerniszulagenverordnung, die seit 16 Jahren nicht verändert wird, mit Cent- und minimalen Eurobeträgen arbeitet und die tatsächlichen Erschwernisse nicht widerspiegelt. Was gehört Ihrer Meinung nach zu einem Attraktivitätsprogramm für die Polizei, um die Qualität der schles-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

wig-holsteinischen Polizei zu sichern und genügend Bewerber zu akquirieren, in den nächsten zehn Jahren?

CDU

Die immer noch hohen Bewerberzahlen verdeutlichen aus unserer Sicht, dass der Polizeiberuf nach wie vor attraktiv ist. Gleichwohl ist der Wettbewerb um die besten Kräfte natürlich von finanziellen Fragen und Fragen der verlässlichen Lebensplanung bestimmt. Die noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf ist ein Aspekt, dem die CDU noch größere Aufmerksamkeit widmen muss. Im Übrigen kommt es auch auf die Sicherstellung der Einstellungsmöglichkeiten von ausreichend Nachwuchskräften an, die zum Beispiel den stetig steigenden Anteil von Teilzeitbeschäftigten in der Landespolizei berücksichtigen. Dabei wird sich die CDU gewinnend noch mehr auch auf qualifizierte und gut motivierte Frauen und Männer mit Migrationshintergrund richtet. Dies entspricht der gesellschaftlichen Realität. Die CDU setzt sich für eine vereinfachte Erschwerungszulagenverordnung ein und steht einer Diskussion über weitere Regelungsnotwendigkeiten für besonders belastende Dienste – wie bereits formuliert – offen gegenüber.

SPD

Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sind hoch motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte erforderlich. Aus diesem Grund setzt sich die SPD auch weiterhin dafür ein, die Polizistinnen und Polizisten angemessen zu bezahlen und die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten. Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stellt einen Nachteil beim Wettbewerb um die fähigsten Nachwuchskräfte dar, an dem auch wir nicht vorbeikommen. Es wäre vor dem Hintergrund der Haushaltssituation illusorisch, an dieser Stelle eine höhere Einstiegsbesoldung und bessere Aufstiegschancen versprechen zu wollen. Selbstverständlich werden wir uns für attraktive Rahmenbedingungen des gesamten öffentlichen Dienstes und eine verlässliche Personalentwicklung einsetzen. Jedoch stehen wir dazu, dass die Beamtinnen und Beamten durch die Kürzungen der vergangenen Jahre ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben.

FDP

Die FDP sieht im Moment die Gefahr eines enormen Attraktivitätsverlustes bei der Polizei als nicht sonderlich groß an. Dennoch müssen auf lange Sicht selbstverständlich Laufbahnmodelle und damit verbundene Aufstiegs- und Karriere-möglichkeiten dem Anspruch und dem Ansehen der Polizei auch im Quervergleich zu anderen Berufsgruppen gerecht werden. Allein das vielfältige Berufsbild und der „sichere“ Arbeitsplatz mit Beamtenstatus bzw. Tätigkeit im öffentlichen Dienst werden auf Dauer nicht konkurrenzfähig zu den lukrativen Berufs- und Entwicklungsmöglichkeiten in der freien Wirtschaft sein. Damit die Nachwuchsgewinnung im Lande auch weiterhin funktioniert, muss insbesondere rechtzeitig Nachwuchs als Ersatz für die vielen zu erwartenden Altersabgänge generiert werden. Dies kann nur gelingen, wenn der Polizeiberuf auch weiterhin attraktiv bleibt. Immer komplexere Aufgaben, immer schwierigere Einsätze und die immens gestiegene Gewalt gegen die Polizei machen dies dringend nötig. Neben finanziellen Verbesserungen geht es der FDP um gute Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie im Gesundheitsmanagement. Zudem brauchen die Beschäftigten ausreichende berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und klare Perspektiven. Entsprechende Handlungskataloge sollten in enger Zusammenarbeit des Innenministeriums mit den Gewerkschaften und Personalräten, aber auch den auszubildenden Stellen im Lande erarbeitet werden.

B 90/Die Grünen

Der Polizeiberuf ist hoch geachtet und von seinem Renommee her nicht unattraktiv (im Gegensatz zu dem des Politikers). Da die finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt sind, lassen wir prüfen, ob polizeiliche Einsätze für kommerzielle Veranstaltungen kostenpflichtig sein können. Damit hätte man mehr finanzielle Möglichkeiten für die Polizei. So könnte man verhindern, dass Schleswig-Holstein beim Attraktivitätswettbewerb mit anderen Ländern abgehängt wird. Moderne und flexible Arbeitszeitmodelle müssen auch für die Polizei angewendet werden, um den Beruf attraktiv zu halten. Wir wollen weiterhin einen breiten Zugang des Nachwuchses zur Polizei ermöglichen und sind gegen gläserne Decken in den Laufbahnen. Eine erhöhte Erschwerungszulage von 5 EUR/Std. für Dienst zu ungünstigen Zeiten ist finanziell angesichts der Haushaltszulage nicht tragbar.

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich gegen jegliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ein. Dazu gehört auch unsere Ablehnung der Erhöhung des Pensionseintrittsalters. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes kann nur durch eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas erreicht werden. Solange Beamtinnen und Beamte immer nur als Kostenfaktor gesehen werden und nicht als Pfund, mit dem das Land wuchern kann, solange wird sich die Attraktivität des Landesdienstes nicht erhöhen. Wir brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Arbeit der Beamtinnen und Beamten; bessere Beförderungsmöglichkeiten: eine Wertschätzung der Arbeit, die sich auch in der Höhe der Bezüge zeigt. Selbstverständlich müssen die zusätzlichen Belastungen des Polizeidienstes durch entsprechende angemessene Zulagen ausgeglichen werden.

SSW

Auf diese Fragen haben wir versucht in den vorgenannten Punkten einzugehen. Insgesamt gilt aber aus unserer Sicht, dass sich die Attraktivität nur steigern lässt, wenn gezielte Nachwuchsförderung mit der Verbesserung von Arbeitsbedingungen einhergeht. Überdies gibt es bei der Polizei vielfältige Aufgaben für Personen mit Studium oder aus dem mittleren Dienst. Insofern trägt die Politik die Verantwortung dafür, dass hier ausreichend Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, um den Polizeiberuf attraktiv zu halten. Für beides hat sich der SSW bisher eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun.

Piratenpartei

Die hohen psychischen und physischen Belastungen verbunden mit sicheren Rechtskenntnissen gestalten ein Anforderungsprofil für den Polizeiberuf, das angesichts des hier bereits mehrfach angeführten demografischen Wandels in den nächsten Jahren eine konkurrenzfähige Bezahlung der Polizei zwingend erforderlich macht. Dessen ist sich die Piratenpartei Schleswig-Holstein bewusst und wird dies auch im Rahmen der ihr eben nicht bekannten Haushaltsslage zu bedienen versuchen. Die Nachtdienst- und Wochenenddiensterschwerungszulagen können dabei im Hinblick auf die Gesamtbesoldungsstruktur Schleswig-Holsteins ein zentrales Instrument sein. Der der Piratenpartei Schleswig-Holsteins bekannt gewordene „Polizeioberkommissarbauch“ ist für die Betroffenen



WAHLPRÜFSTEINE LANDTAGSWAHL 2012

demotivierend und völlig ungeeignet, gut qualifizierte junge Leute für den Polizeiberuf zu gewinnen. Hier ist dringend darüber nachzudenken, aus den Stäben der Polizei gut dotierte Stellen dorthin zu bringen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Das wäre ein erster vernünftiger Ansatz, um die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhöhen, der beinahe kostenneutral umsetzbar ist. So wie es vernünftig ist, den Polizeiberuf attraktiver zu gestalten, um gutes Personal zu gewinnen,

so sinnvoll ist es allerdings auch, vermeidbare Faktoren der Demotivation zu beiseitigen. Zu diesen Faktoren gehören ein schleppend arbeitendes Beihilfesystem und eine mangelhafte Infrastruktur (Dienstgebäude, Fahrzeugpark und persönliche Ausrüstung). Der Piratenpartei Schleswig-Holstein fällt es im Übrigen schwer, das Herstellen normaler Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit einem Attraktivitätsprogramm anzuführen und bedauert diesen von den vorigen

Landesregierungen und der aktuellen Landesregierung maßgeblich zu verantwortenden Status quo der Landespolizei.

Aus redaktionellen Gründen sind die Stellungnahmen der Parteien zur Frage der Kennzeichnungspflicht unberücksichtigt geblieben. Sämtliche Wahlprüfsteine und deren Antworten sind jedoch auf der Homepage www.gdp-sh.de veröffentlicht und sind bei Bedarf auf der GdP-Geschäftsstelle abrufbar.

SEMINARE

Einladung zum GdP-Seniorenseminar 2012

Unser diesjähriges Seniorenseminar findet vom 13. bis einschließlich 15. August 2012 (NEU: Montag bis Mittwoch) wiederum in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt.

Wie immer stehen seniorenpolitische Themen auf der Tagesordnung. Aber auch auf den Austausch von Erfahrungen und Informationen über das „aktuelle Polizei- und Gewerkschaftsgeschäft“ freuen wir uns. Uns steht in Malente die gesamte Einrichtung mit 27 Einzel- und 16 Doppelzimmern zur Verfügung. In diesem Zusammenhang weise ich unsere gehbehinderten Kolleginnen/Kollegen darauf hin, dass im gesamten Haus ebenerdig lediglich drei Einzelzimmer vor-

handen sind! Ehe- bzw. Lebenspartner, die an dem Seminar teilnehmen möchten, sind selbstverständlich sehr herzlich willkommen. Für sie entstehen anteilige Kosten in Höhe von 130 €.

Die Eigenbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt 30 €. Auf die weiteren Modalitäten im Seniorenbrief 1/2011 weise ich noch einmal besonders hin.

Anmeldungen für das Seminar nimmt ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 04 31-1 22 10 15, entgegen.

Anmeldeschluss: 2. Juli 2012.

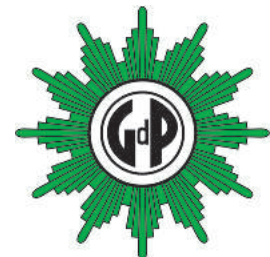
Gut, dass es sie gibt – die **GdP-Senioren oder einfach die „Älteren“!**

*Frank Poster,
Landesseniorenvorsitzender*

REGIONALGRUPPEN- TERMINE

Einladung!

*Schleswig-Holstein Mitte
Jungsenioren-Stammtisch am Donnerstag, 3. Mai 2012, 17.00 Uhr, im Sportheim Husberg-Bönebüttel, SICKKAMP 16, 24620 Husberg. Thema: „Vorsorge im Alter (Vollmachen pp.)“*



GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zum Justizamtsinspektor mit Zulage
Stefan Lange, RG Justizvollzug

zum Justizamtsinspektor
Torsten Zinn, RG Justizvollzug

zum/zur Polizeimeister/-in
Anna-Katharina Arndt, David-Bernard Bauer, Stephan Beckendorff, Thomas Bloeb, Peer Sören Brahms, Steve Brüggemann, Felix Bünning, Simon Chirvi, Christian Chrapkowski, Timo Diestel, Carina Ewers, Stefan Gersch, Martje Gieseler, Simon Gläser, Jonas Grehm, Hanna Hartmann, Jan-Eike Hartwig, Nils Hesse, Christina Kempe, Tewes

Kröger, Johanna Lau, Maximilian Lindner, Marc Jonas Malsch, Angelina Opitz, Kim Jennifer Petersen, Felix Range, Lasse Rockel, Leif Rockel, Marc Rothe, Alexandra Rust, Erik Schakau, Jan Schmidt, Timo Simon, Kai Teichmann, Andreas Timm, Christian Wagner, Tobias Weberbartold, Marci Wendt, Sören Wulf, Daniel Zass, RG AFB

zum 40-jährigen Dienstjubiläum
Günter Bade, Dr. Horst-Miccel Schulz, RG Lübeck-Ostholstein

zum 25-jährigen Dienstjubiläum
Helmut Grote, RG Lübeck-Ostholstein

zur Vermählung
Birte Lange geb. Clasen und Ehemann, RG Lauenburg-Stormarn

In den Ruhestand traten
Birgit Kreisel, Klaus Schmidt, RG Kiel-Plön; Manfred Giertz, RG Lauenburg-Stormarn; Manfred Trost, RG Lübeck-Ostholstein

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



Zuwendung an schwer verletzten Polizeibeamten der Einsatzhundertschaft

Eutin/tgr – Den letzten Castoreinsatz im November vergangenen Jahres wird Dennis M. nie vergessen. Und es sind buchstäblich schmerzvolle Erinnerungen, die der 25-Jährige mit den Ereignissen des 25. November 2011 verbindet, als er mit der 1. Einsatzhundertschaft mehrere Tage im Castoreinsatz war. Im Verlaufe der gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Autonomen kurz vor Mitternacht wurde der Beamte schwer verletzt, als er sich mit seinen Kolleginnen und Kollegen unzähligen Stein- und Flaschenwürfen ausgesetzt sah. Besonderes Pech für M.: Durch einen fliegenden Pflasterstein wurde M. an der linken Hand getroffen. Die Folgen: Der Knochen der Mittelhand zerbrach. Der Polizeimeister musste im Krankenhaus behandelt und stationär aufgenommen, wenige Tage später sogar operiert werden. Der Täter blieb unerkannt. Die Verletzung setzte den Beamten fast zwei Monate außer Gefecht.

M. erhielt für sich und seine Lebensgefährtin eine mehrtägige Betreuungsmaßnahme in Berlin. Wolfgang Pistol, Landespolizeidirektor a. D. und Vorsitzender des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not, kurz HUPF, überreichte dem



Foto: Thomas Gründemann

Polizisten im Beisein des Leiters der PD AFB, Jürgen Funk, dem Chef der 1. Einsatzhundertschaft, Ulf Witt, die Zuwendung. Dabei auch Melanie Eißner, amtierende Zugtruppführerin des Sondereinsatzzuges, der Einheit von Dennis M., sowie Jürgen Herdes, der GdP-Vorsitzende der RG AFB (Foto).

„Diese Unterstützung im Dienst schwer verletzter Polizisten ist ein Zeichen gesellschaftlicher Solidarität“, unterstrich Wolfgang Pistol.

Thomas Gründemann

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

Martin Wacks, 73 Jahre
Regionalgruppe Kiel-Plön

Heinz Duwe, 96 Jahre
Udo Salbrecht, 87 Jahre
Regionalgruppe
Lauenburg-Stormarn

Rudi Bükler, 92 Jahre
Klaus Große-Kleffmann, 49 Jahre
Eckard Gruhn, 61 Jahre
Hertha Gruschwitz, 87 Jahre
Regionalgruppe
Lübeck-Ostholstein

Heinrich Andersen, 67 Jahre
Hans Schönwolff, 82 Jahre
Regionalgruppe
Schleswig-Flensburg

Edith Stave, 83 Jahre
Regionalgruppe
Schleswig-Holstein Mitte

Hans-Jürgen Hintz, 71 Jahre
Helmut Scharlach, 90 Jahre
Regionalgruppe
Segeberg-Pinneberg

Martha Herdramm, 80 Jahre
Arnd Perszewski, 60 Jahre
Regionalgruppe
Steinburg-Dithmarschen

NACHRUF



Trauer um Günter Gennat

Die GdP trauert um Günter Gennat. Gennat verstarb im vergangenen Monat im Alter von 70 Jahren. Günter Gennat war der 1. Landesjugendvorsitzende im Landesbezirk Schleswig-Holstein. Später war er über lange Jahre der Vorsitzende der Kreisgruppe Kiel, gehörte dem Örtlichen Personalrat der damaligen Inspektion Kiel und dem Bezirkspersonalrat bei der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Mitte an. Darüber hinaus gehörte er auch eine Legislaturperiode dem Hauptpersonalrat der Polizei an, war darüber hinaus viele Jahre Ersatzmitglied dieses Gremiums. Viele Jahre war er auch

Mitglied im GdP-Landesvorstand. Günter Gennat wurde 1959 in den Polizeidienst eingestellt und war dienstlich zuletzt im Präventionsbereich der Polizeiinspektion Kiel eingesetzt. Viele können sich an ihn auch als Dienstgruppenleiter auf dem 5. Kieler Polizeirevier erinnern. Als Polizeioberkommissar trat er 2001 in den Ruhestand, im November dieses Jahres wäre er 71 geworden.

*Wir gedenken seiner in Respekt und trauern mit seinen Angehörigen.
Der GdP-Landesvorstand*





Peking & Shanghai

Unterbringung im Doppelzimmer p. P.

€ 849,-

Metropolen der Gegensätze - 8-tägige Städtereise inkl. Flug mit China Eastern Airlines ab/bis Hamburg **PSW-Termin: 6. bis 13. November 2012**

Peking – eine Stadt zwischen Tradition und Moderne. Erleben Sie alle Facetten der ehemaligen Kaiserstadt und heutigen Hauptstadt Chinas.

Shanghai – Millionenmetropole am Huang Pu Fluss. Lassen Sie sich von der schillernden Skyline und dem lebendigen Treiben in der Altstadt beeindrucken.

Geplanter Reiseverlauf:

1. Tag: Hamburg– Shanghai / Mittags Linienflug von Hamburg nach Shanghai. **2. Tag: Shanghai – Peking:** Ausflugspaket: Platz des Himmlischen Friedens und Himmelstempel inkl. Mittagessen. Morgens Ankunft in Shanghai und Weiterflug nach Peking. Nach Ankunft Begrüßung durch die Reiseleitung und Transfer zu Ihrem Hotel. Bei Buchung des Ausflugspaketes genießen Sie einen Spaziergang über den größten Platz der Erde. Besichtigung des Himmelstempels, einem Meisterwerk der Baukunst. 3 Nächte **3. Tag: Peking** / Ausflugspaket: Kaiserpalast, Sommerpalast, Lamatempel, Hutong-Tour inkl. Mittagessen. Bei Buchung des Ausflugspaketes betreten Sie durch das Tor des Himmlischen Friedens die Verbotene Stadt mit dem alten Kaiserpalast. Anschließend Fahrt zum riesigen Areal des Sommerpalastes mit zahllosen Hallen, Seen, Pavillons und Pagoden. Besuch des bekannten Lamatempels, mit einer 18 m hohen Buddhastatue. Nach dem Mittagessen erleben Sie den Alltag der Bewohner bei einer Hutong-Tour mit Rikschafahrt und einem kleinen Rundgang durch das alte Wohnviertel „Beijings“. Hier kehren Sie bei einer typischen chinesischen Familie ein. (F) **4. Tag: Peking** / Ausflugspaket: Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage inkl. Mittagessen. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Wer die Mauer nicht gesehen hat, hat China nicht besucht.“ Bei Buchung des Ausflugspaketes Busfahrt in die Berge zum Abschnitt der Großen Mauer bei Badaling, einem eindrucksvollen Stück der über 6.300 km langen Mauer und damit dem größten Bauwerk der Welt. Nach Erklimmen der Mauer bietet sich Ihnen ein faszinierendes Panorama auf die umliegende Gebirgslandschaft. Unterwegs zur Mauer Fotostopp am beeindruckenden Olympiapark. Nach dem Mittagessen genießen Sie eine entspannende traditionelle Fußreflexzonen-Massage. (F) **5. Tag: Peking – Shanghai** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai. Begrüßung durch die Reiseleitung und Hoteltransfer. Der Nachmittag steht für eigene Erkundungen bzw. Einkäufe zur Verfügung. Shanghai bietet unzählige Shopping-Malls. (F) **6. Tag: Shanghai** – Ausflugspaket: Wasserdorf Zhujiajiao, Jade Buddha-Statue inkl. Mittagessen. Bei Buchung

des Ausflugspaketes erleben Sie heute das ursprüngliche Wasserdorf Zhujiajiao. Nach dem Mittagessen Rückfahrt nach Shanghai. Besuch des Stadtplanungsmuseums und des Tempel des Jadebuddhas. (F) **7. Tag: Shanghai** – Ausflugspaket: Stadtbesichtigung, Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsabendessen. Bei Buchung des Ausflugspaketes Besuch der sehenswerten Altstadt mit ihrem traditionellen Teehaus, der Zick-Zack-Brücke und dem Yu-Garten. Nach dem Mittagessen können Sie die Skyline von Shanghai bewundern. Sie haben die Möglichkeit, mit dem Express-Fahrsstuhl den Jin-Mao-Tower (421 m) zu besteigen – eines der höchsten Gebäude der Welt. Ein Muss ist ein Bummel über die berühmte Uferpromenade „Bund“. Abschiedsabendessen mit chinesischen Spezialitäten. Anschließend Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen für Ihren Rückflug nach Hamburg. (F) **8. Tag: Morgens Ankunft in Hamburg**

Eingeschlossene Leistungen:

- ➔ Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Hamburg nach Shanghai und zurück
- ➔ innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück
- ➔ Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 11/2011)
- ➔ ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde)
- ➔ Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- ➔ 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den gen. Hotels o. ä. inkl. 5 x Frühstücksbuffet
- ➔ örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- ➔ Informationsmaterial und Reiseführer
- ➔ Visabesorgung**
- ➔ PSW-Reisebegleitung

Rundreise ab / bis Hamburg	pro Pers. ab
Doppelzimmer	849,- Euro
Einzelzimmer	969,- Euro
* Ausflugspaket (optional)	169,- Euro
** Visagebühren (Stand 01/12)	ca. 45,- Euro

Ihre Hotels ★★★★★

Holiday Inn Chang An West (4-Sterne-Kategorie) o. ä., Peking
Freundlich eingerichtetes Hotel der gehobenen Mittelklasse im florierenden West-End Pekings

Hotel Ramada Wujiaochang (4-Sterne-Kategorie) o. ä., Shanghai / Elegantes Hotel der Ramada Hotelkette im Stadtviertel Wujiaochang im Osten Shanghais gelegen.



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de



Und was sonst noch so war ...

28. Februar

Oliver Malchow hatte Innenminister Schlie einen Offenen Brief insbesondere zu Organisationsfragen der Landespolizei geschrieben. Heute geht die Antwort des Ministers ein. Auch sie wird veröffentlicht und kann im Wortlaut unter www.gdp-sh.de nachgelesen werden. Der Minister stellt darin einen Gleichklang in den Mittelpunkt seiner Antwort: „Darüber hinaus muss zum Ausgleich der beschriebenen Belastungen gegengesteuert werden. Genau deshalb passt die Polizei mit Augenmaß in einem Dreiklang die Organisation an, stellt Aufgaben – die nicht Kernaufgaben sind – in Frage und entwickelt ein neues System für eine belastungsorientierte Stellen- und Personalverteilung. Mit diesem System sollen die gestiegenen Arbeitslasten regional harmonisiert und gleichzeitig die besonderen Belastungen durch Schichtdienst stärker berücksichtigt und landesweit ausgeglichen werden.“

8. März

Thomas Bauer, Angehöriger der GdP in Bayern, hatte bereits 2011 einen Leitfaden zur „Manipulation an Kraftfahrzeugen“ geschrieben. Mit diesem Leitfaden wollte er Kolleginnen und Kollegen bei Fahrzeugkontrollen besonders in der „Tuning-Szene“ unterstützen. Das Inhaltsverzeichnis liest sich wie folgt:

- Einführung in die Tuning-Szene/Begriffserklärungen
- Erklärung ABE, EG- oder ECE-Genehmigung, Teilegutachten, TÜV-Abnahme nach § 19/2 und § 22 StVZO
- Abbildungen von Teilegutachten und ABE
- „Erlöschen der Betriebserlaubnis“ – ja oder nein?
- Unterscheidung Fahreranzeige/ Halteranzeige
- Beispielhafte Anwendung der zutreffenden Kennzahlen aus dem BKat
- Mustertexte für Anzeigen zu allen wichtigen Baugruppen
- Lückenlose Beweisführung, Sicherstellung, Entstempelung, Hinzuziehung von Sachverständigen
- Folgemaßnahmen
- praktische Durchführung von Kontrollen
- Standgeräuschmessung/Fahrgeräuschmessung
- Erklärung aller wichtigen Baugruppen und Möglichkeiten der Manipulation

anhand von über 100 farbigen Abbildungen (aus eigenen SBs)

– Maße und Anbauvorschriften von lichttechnischen Einrichtungen und Fahrzeugteilen

– kleines Motorrad-1x1 – Durchführung von Krad-Kontrollen

GdP-Mitgliedern bietet Thomas Bauer einen besonderen Preis (statt 16,80 € nun 14,80 €). Außerdem entfallen Versandkosten. Näheres dazu: www.keba-verlag.de

9. März

Heute im Posteingang: Der Entwurf einer Neufassung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Polizei. Die APO-Pol füllt das Laufbahnrecht auf, das wiederum seinen gesetzlichen Ursprung im Landesbeamtengesetz hat. Als Gewerkschaft der Polizei haben wir mehrfach gemahnt, dass nach dem Inkrafttreten des neuen Beamtenrechtes nun auch die Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen der Fachrichtung Polizei auf den Weg gebracht werden müsse. Mit dieser Vorlage ist dem nun Genüge getan worden, obwohl die lange Bearbeitungszeit schon bemerkenswert ist. In unserer Stellungnahme stehen zwei Blickpunkte im Vordergrund: Einmal geht es um das Hauptpraktikum. Wir halten es für geboten, dass im Praktikum des mittleren Dienstes eine Hospitation bei der Kriminalpolizei stattfindet. Das fördert das Verständnis bei jungen Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei für die Arbeit der Kriminalpolizei. Zum anderen geht es um das Thema Schwimmen und Retten. Hier sollen mittlerer und gehobener Dienst unterschiedlich behandelt werden: Während die Altenholz-Ausbildung auf Schwimmen und Retten verzichtet, gehört das für den mittleren Dienst zur Qualifikation. Kurz gesagt: Bei Notfallsituationen an Gewässern können nur Beamte des mittleren Dienstes eingreifen und helfen. Es wäre den Beamten des gehobenen Dienstes zu wünschen, dass sie dann immer einen Beamten des mittleren Dienstes in ihrer Nähe wähenen.

10. März

„Polizeibewerber zu schlecht in Deutsch“, so der Aufmacher der Kieler Nachrichten an diesem Samstag. Horst Winter, der Leiter der Werbe- und Einstellungsstelle, rechnete laut KN vor: Von

3084 Bewerbern wurden 788 nicht für den ersten Prüfungsteil zugelassen. Etwa zwei Drittel davon scheiterten an gesundheitlichen Hürden, der Rest erfüllte nicht den Numerus Clausus von 2,8. Nach Diktat, Intelligenz- und Sporttest kamen nur noch 572 Bewerber eine Runde weiter. 258 blieben nach Fragen zur Allgemeinbildung und einem Referat, 88 konnten wegen der begrenzten Stellenzahl nicht genommen werden. Auch wurde zunehmend politisches Grundwissen vermisst. Daneben scheiterten viele am Sporttest. Wir forderten eine bessere Bezahlung, planbarere Arbeitszeiten, verlässliche Organisationsstrukturen und ein Programm zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

22. März

9.00 Uhr: Der Landesfachausschuss Kripo tagt heute. Gleich zu Beginn gibt Vorsitzender Kai Richter eine persönliche Erklärung ab. Der Kriminaldirektor stellt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung. Er bleibt aber weiterhin Mitglied im Landesfachausschuss Kripo. Neuer Vorsitzender wurde Michael Raasch. Er ist Leiter der KP-Stelle Husum. Die Stellvertretenden Vorsitzenden Kirsten Hass und Sönke Behrmann bleiben in ihren Funktionen.



23. März

Im Öffentlichen Dienst der Länder ist ein Viertel weniger Personal beschäftigt. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist der Anteil der staatlich Beschäftigten kontinuierlich gesunken. Während die Zahl der Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft um 1,5 auf mehr als 36 Millionen gestiegen ist, sank die Zahl der 440 000 Menschen beim Staat auf 4,6 Millionen. Dies ermittelten Forscher im Auftrag des DGB. Allerdings, auch dies zeigt die Studie auf, haben alle Aufgabenbereiche zugenommen. Es wurde ein Plus von 100 000 zusätzlichen Stellen ermittelt. Die Studie kann unter www.boecklerimpuls.de nachgelesen werden.

